



## Mailwechsel mit einer Gleichstellungsbeauftragten (Fh 2017/4)

Auf unsere von Sabine Mänken verfasste Pressemitteilung [„Ohne Frauen läuft es nicht rund“](#) vom 24.10.2017 meldete sich am 26.10.2017 eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte N.N.:

*Sehr geehrter Herr Resch,  
bitte nehmen Sie mich aus dem Verteiler und senden Sie mir keine Informationen mehr zu. Mir gefällt Ihre Art, Frauen, die sich für Gleichstellung einsetzen in eine abwertende Ecke zu stellen nicht. Emanzipation heißt: der Vorgang, dass sich jmd. aus seiner bisherigen Abhängigkeit von jmdm. befreit – nicht mehr und nicht weniger!  
Mit freundlichen Grüßen  
N.N.*

Sabine Mänken antwortete am 27.10.2017:

*Sehr geehrte Frau N.N.,  
es tut mir sehr leid, dass Sie sich durch die von mir verfasste Pressemitteilung abgewertet fühlen. Ich habe nicht die Gleichstellungsarbeit abgewertet, sondern den daraus entstehenden einseitigen Fokus angemahnt, wenn auch zugegeben etwas provokativ, was ja zu einer PM gehört.*

*Es ist ja hinreichend bekannt, wie hoch der Anteil der Familienarbeit am BSP – und damit an der Wertschöpfung – wäre, wäre er denn ausgewiesen... Von einer Wirtschaftsministerin erwarte ich das entsprechende Fingerspitzengefühl, diese ca. 40 % des BSP nicht einfach auszublenden!*

*Wenn wir Frauen nicht fähig werden, ganzheitlich zu denken, schaffen wir neue Abhängigkeiten. Die Befreiung der Frau zu einer erwerbstätigen Frau ist noch nicht das Ende der Emanzipation und macht viele Frauen unfrei. Darüber sollten wir als Frauen ins Gespräch kommen, auch wenn es verschiedene Lebensentwürfe gibt... Finden Sie nicht auch? Ganz herzlichen Dank im Voraus für Ihr Verständnis.*

*Wir können die Diskussion ja gerne in einem öffentlichen Forum weiterführen.*

*Mit herzlichen Grüßen  
Sabine Mänken*

Gertrud Martin ergänzt am 30.10.2017

Sehr geehrte Frau N. N.,  
bitte werten Sie es nicht als lästige Aufdringlichkeit, wenn ich mich als Vorsitzende des Verbands Familienarbeit e.V. auch noch einschalte in den Mailaustausch, den Sie mit den stellvertretenden Vorsitzenden führten.

Als erstes möchte ich mich für Ihre kurze Stellungnahme zu unserer PM bedanken. Damit werden wir normalerweise nicht verwöhnt, wenn sich jemand aus unserem Verteiler ausklinkt.

*„Emanzipation heißt: dass sich jmd. aus seiner bisherigen Abhängigkeit von jmdm. befreit – nicht mehr*



*und nicht weniger!“*

Mit dieser Forderung rennen Sie bei uns offene Türen ein! Falls Sie den gegenteiligen Eindruck haben, kann es sich nur um ein Missverständnis handeln!

Ihr Job ist der einer Gleichstellungsbeauftragten, das heißt, dass Sie daran mitwirken sollen, dass Frauen im Erwerbsleben den Männern gleichgestellt werden, sowohl durch gleiche Bezahlung und gleiche Aufstiegschancen, aber auch mit der Forderung, Erwerbs- und Familienarbeit in der Familie “partnerschaftlich” aufzuteilen. Wenn es um gleiche Bezahlung und Karrierechancen geht, sind auch aus unserer Sicht keinerlei Abstriche zu machen!

Allerdings zeigt der Anspruch der Politik, die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit vorzugeben, wobei unter “partnerschaftlich” eine 50:50-Aufteilung, aber nicht die freie Übereinkunft der Eltern zu verstehen sei, dass die Familienarbeit auch künftig in der emanzipatorischen Schmutzdecke bleiben soll: Frauen und auch Männer, die sie “gleichgestellt” übernehmen, sollen hinsichtlich dieser, für die Gesellschaft unentbehrlichen Arbeit von der gleichberechtigenden Anerkennung ausgeschlossen bleiben.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, man könne aus dem Gleichberechtigungsanspruch die Tatsache ausblenden, dass zum Frausein eben wesentlich auch das Muttersein gehört. Diesen Mutterstatus zu ignorieren, zu verspotten und Benachteiligungen daran zu knüpfen, so wie es derzeit geschieht – ist nicht nur zukunftsvergessen, sondern grundsätzlich frauenfeindlich und außerdem verfassungswidrig.

Auch wenn die Väter in die Bresche springen, wie dies erfreulicherweise mehr und mehr geschieht, müssen jetzt sie die Benachteiligungen im Sinne wirtschaftlicher Abhängigkeit, die seither überwiegend die Mütter getragen haben, in Kauf nehmen. Ein fragwürdiger Fortschritt!

Wie alle Erfahrung mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt, ist die die Eltern entlastende Abgabe der Kinder in die institutionelle Betreuung eben nur ein Teilerfolg, der nicht beliebig erweiterbar ist. Die Hauptverantwortung für Betreuung und Erziehung der Kinder bleibt definitiv bei den Eltern – so wie es auch im Grundgesetz festgeschrieben ist! – und kann umso weniger ernstlich wahrgenommen werden, je mehr beide Eltern den Forderungen, möglichst vollzeitnah erwerbstätig und damit „emanzipiert“ zu sein, nachkommen.

Wenn wir wirklich wollen, dass alle Frauen (Männer) von einem Ernährer/einer Ernährerin unabhängig ihr Leben gestalten können – ob in der Voll- oder Teilerwerbstätigkeit oder in freier Entscheidung zeitweise als Mütter/ Väter, müssen wir die Forderung nach einem Erziehungsgehalt (EZG) auf die Gleichberechtigungs-Agenda nehmen. Es geht darum, die elterliche Erziehungsarbeit, die die Voraussetzung für alles Weitere ist, gleichzustellen mit der Erwerbsarbeit.

Wilfrid Schreiber, der 1957 für Herrn Adenauer das heute gültige Rentenrecht „erfand“, hatte parallel dazu eine Jugendrente dringend empfohlen, als zweites Standbein eines echten und gerechten Generationenvertrags: Die mittlere Generation versorgt die Alten und zieht gleichzeitig eine nächste Generation auf. Adenauer meinte damals aber, Kinder kriegten die Leute immer. Das war vor der Pille und vor dem Siegeszug einer Frauenemanzipation, die die Frauen, sobald sie Mütter sind, im Regen stehen lässt.



Seit dieser Rentenreform, die den Anspruch auf Alterssicherung von der Erziehung des zahlenden Nachwuchses abkoppelte und allein an Erwerbstätigkeit knüpfte, bekommen tendenziell diejenigen Rentner/innen die höchsten Renten, die sich nicht mit der Erziehung von Kindern aufgehalten und keine Kosten dafür investiert haben. Währenddessen werden die Mütter mit Almosen abgespeist, die – wenn es um die Finanzierung der sog. Mütterrente geht – dazu noch als systemfremd deklariert werden!

Statistische Berechnungen zeigen, dass die kinderlosen Steuerzahler/innen nur mit höchstens einem Drittel an den Unkosten für die nächste Generation beteiligt sind. Ihre Rentenbeiträge werden bekanntlich auch nicht angespart, sondern für die Bedienung der aktuell anstehenden Rentenzahlungen verwendet. Zuständig für ihre Rente sind später die erwachsen gewordenen Kinder der „unemanzipierten“ (doofen) Mütter. Mit Gleichberechtigung hat das rein gar nichts zu tun. Und die Gleichstellung der Frauen mit den Männern im Erwerbsleben ist ein armseliges Feigenblatt für ein nach wie vor patriarchales Denken, das nur die traditionell von Männern getanen Arbeiten als „Arbeit“ gelten lassen will.

Fazit: auch die häusliche Erziehungsarbeit ist ihres Lohnes wert, entsprechend ihres Wertes für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft, für die Innovationskraft der Wirtschaft, für den Fortbestand des umlagefinanzierten Rentensystems etc. Das Erziehungsgehalt ist die Grundlage für die Gleichberechtigung der Geschlechter!